

Mittler und Gestalter

Peter te Reh, Hauptreferent für IT beim Deutschen Städtetag, hat E-Government gestaltet, bevor es das Wort überhaupt gab und dafür gesorgt, dass die öffentliche Hand einen eigenen Auftritt auf der CeBIT erhält.

Ich würde diesen Weg wieder wählen. So lautet das Resümee von Peter te Reh, wenn er auf seine inzwischen fast 20-jährige Tätigkeit als Hauptreferent für Informationstechnologie beim Deutschen Städtetag zurückblickt. Dabei war dies nie sein ausgesprochenes Karriereziel. Ganz im Gegenteil: Er könnte heute an irgendeinem Gymnasium Erdkunde und Französisch unterrichten.

1950 im rheinland-pfälzischen Gerolstein geboren, kommt Peter te Reh zum Studium der Romanistik und Geografie nach Bonn. Angestrebtes Berufsziel: Lehrer. Allerdings stellt er schon während diverser Schulpraktika zu Studienzeiten fest, dass er mit der Mentalität der Lehrer nicht klarkommt und nimmt deshalb erst einmal ein Promotionsstipendium an. Drei Monate vor Fertigstellung erhält te Reh jedoch ein Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung für eine Stelle im Institut für Kommunalwissenschaften. „Ich war dann etwa fünf Jahre lang für den Bereich Verkehrsplanung, Radwegeplanung und Städtebau zuständig“, erzählt te Reh. Eine Tätigkeit, die dem passionierten Radfahrer Spaß macht. Wenn Termine und Wetter es erlauben, fährt er heute die 30 Kilometer von seinem Wohnort St. Augustin nach Köln

mit dem Fahrrad. „Dann schmeckt das Feierabendbier besser“, sagt er mit einem Augenzwinkern. Mitte der 1980er-Jahre, als die Computerisierung der öffentlichen Verwaltung rapide voranschreitet,



Peter te Reh

arbeitet sich te Reh zusammen mit einem Kollegen in die Materie ein. Geografen sind relativ flexibel, meint te Reh, und technisches Verständnis brachte er auch mit, da er zwei Jahre lang Ausbildungsreferent in einer Fernmeldeeinheit der Bundeswehr war. Eines der ersten großen Projekte war die Gründung des Anwenderzentrums auf der CeBIT, dem Vorläufer des heutigen Public Sector Parc. Peter te Reh erläutert: „Als die Hannovermesse CeBIT von der Industriemesse getrennt wurde, waren neue Konzepte gefragt. Da haben wir vorgeschlagen, kommunale Software-Lösungen an einem

Ort gebündelt vorzustellen und dabei die Praktiker zu Wort kommen zu lassen.“ Später wurde das Angebot auch für Bund und Länder geöffnet, die heute den Großteil der Aussteller im Public Sector Parc ausmachen. 1990 bewirbt sich Peter te Reh auf die Referentenstelle Datenverarbeitung beim Deutschen Städtetag, die er auch bekommt. Später kommt noch die Telekommunikation hinzu. Lange waren das strikt voneinander getrennte Bereiche, berichtet te Reh, die im Laufe der Zeit immer mehr zusammengewachsen sind, sodass das Referat vor mehr als zehn Jahren in Informationstechnologie umbenannt wurde.

„Es war schon eine andere Welt, als ich angefangen habe“, erzählt te Reh, „damals gab es noch das Bundespostministerium, das mit Argusaugen über das Monopol wachte. Heute beschäftigen wir uns mit Fragestellungen, die es vor knapp 20 Jahren noch gar nicht gab.“ Aus technischer Sicht beeindruckt te Reh die Miniaturisierung der Prozessorleistung und die Geschwindigkeit dieser Entwicklung: „Als ich mir 1992 meinen ersten Computer gekauft habe, hat mich die Erweiterung der Festplatte von 20 auf 40 MB 200 DM gekostet. Das prägt. Als Altgedienter hat

man immer im Hinterkopf, dass Speicherplatz teuer und knapp ist. Heute ist er eine beinahe zu vernachlässigende Größe.“ Im Hinblick auf die Anwendungsseite hat Peter te Reh die Geschwindigkeit der Verbreitung elektronischer Medien überrascht. Dies habe dazu beigetragen, dass die Bürger erwarten, Verwaltungsdienstleistungen auch über das Internet abrufen zu können. Der Verwaltung böten sich dadurch unglaubliche Möglichkeiten, sich zu öffnen und auf die Bürger zuzugehen. Damit die Online-Services aber auch tatsächlich genutzt werden, müsse noch am Marketing und der Nutzerorientierung gearbeitet werden. So sei zum Beispiel die Möglichkeit, eine Baugenehmigung vollständig elektronisch abzuwickeln für Architekten, Vermessungsingenieure oder Poweruser interessant, nicht jedoch für die Masse der Bevölkerung. Eine vereinfachte Kfz-Zulassung hingegen habe eine ganz andere Dimension. te Reh erklärt: „Wir müssen viel stärker von der Nutzerseite an die Verfahren herangehen, anstatt von Verwaltungsseite die Abwicklung anhand bestimmter Gesetzmäßigkeiten vorzuschreiben.“ An die Nutzer denkt te Reh noch in ganz anderer Hinsicht: „Wir dürfen auch die nicht aus den Augen verlieren, die nach wie vor zu Fuß kommen. Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, was man vorrangig angeht, wovon der meiste Nutzen und die meisten Nutzer zu erwarten sind und wo man die Bürger am ehesten abholen kann.“

Als Trend für die Zukunft macht Peter te Reh die zunehmende Auflösung von Zuständigkeiten aus. Es sei bereits jetzt in Ansätzen erkennbar, dass beispielsweise der

Bund sich anschiebe, Dinge zu erledigen, für die früher ausschließlich die Kommunen zuständig waren. Dadurch kommen auch neue Fragen der Organisation auf. „Beim geplanten Bundesmelderegister wäre es etwa denkbar eine recht breite Auskunftsmöglichkeit bei der jeweiligen Kommune zu belassen und dem Bund lediglich die Feststellung von Personenidentitäten zu erlauben“, meint te Reh. Ein anderes Beispiel für die Verschiebung der Zuständigkeiten sind Identifikationsprozesse. Diese Entwicklungen zielen letztendlich darauf ab, dass Örtlichkeit künftig eine untergeordnete Rolle spielt. Und auch die Unabhängigkeit von Öffnungszeiten wird weiter an Bedeutung gewinnen. Außerdem wird E-Government zunehmend von europäischen Vorgaben beeinflusst, wie das Beispiel EU-Dienstleistungsrichtlinie deutlich zeigt.

Bei all diesen Entwicklungen wie auch bei den Deutschland-Online-Projekten, der Einführung des elektronischen Personalausweises und der einheitlichen Behördenrufnummer 115 versucht der Städtetag seine 4.300 Mitglieder auf dem Weg zu den neuen Anwendungen zu begleiten. Die Arbeit des kommunalen Spitzenverbandes beginnt aber bereits davor, wenn es darum geht, auf die Gesetzgebung und die Verordnungen Einfluss zu nehmen, damit die Interessen der Städte berücksichtigt werden. Dieses Mitgestalten ist auch einer der Gründe, warum Peter te Reh seine Arbeit Spaß macht. Er erläutert: „Es stellt sich vielfach heraus, dass Gesetze, Verordnungen und Verfahren vom grünen Tisch aus geplant werden. Wenn wir dann darauf hinwirken können, dass das eine oder andere

anders gesehen oder verhindert wird, ist das Motivation genug.“ In der letzten Zeit habe sich bei Bund und Ländern zudem die Erkenntnis durchgesetzt, dass es ohne die kommunale Ebene nicht gehe, weil die Projekte verstärkt öffentlichkeitswirksam werden. te Reh: „Mittler zwischen Ideengebern und Nutzern zu sein und die Meinungen unserer Mitglieder einzuholen, das macht Laune.“ Dabei kann der Städtetag zum einen indirekt zu Einsparmaßnahmen in den Kommunen beitragen und zum anderen dafür Sorge tragen, dass die Kommunen als dritte Kraft im Verwaltungsaufbau wahrgenommen werden.

Bei aller Zufriedenheit hat Peter te Reh dennoch einen Wunsch für die Zukunft: einen Mitstreiter. Denn obwohl der Entwicklungsschub im Bereich IT gewaltig war und sowohl die Aufgaben als auch die Zahl der externen Ansprechpartner erheblich zugenommen haben, ist te Reh immer noch ein Einzelkämpfer. Er weiß jedoch, dass für eine zusätzliche Stelle schlicht und einfach die Mittel fehlen: „Ich fühle mich in dieser Hinsicht aber in guter Gesellschaft. Kollegen – auch bei den anderen kommunalen Spitzenverbänden – haben dasselbe Problem. Insofern ist es nicht ganz so tragisch.“ Einen verzagten Eindruck macht Peter te Reh jedenfalls nicht. Vielleicht hat aber auch die Kölner Lebensart, die er sehr schätzt, abgefärbt. „Et es wie et es“ lautet Artikel 1 des Kölschen Grundgesetzes, das in te Rehs Büro hängt. Und um die Zukunft macht er sich ebenfalls nicht allzu große Sorgen, getreu Artikel 2: Et kütt wie et kütt.

Alexandra Reiter